

Redaktionsschluss: 16. November 2009

Nr. 22/09

INHALT

INNENPOLITIK

Sozialminister Hundstorfer: Jobs für über 115.000 Jugendliche
Bundesregierung hält am Postmarktgesetz fest
Kinderrechte in die Verfassung
Erstmals bundesweiter Bildungsplan für Kindergärten
„Licht ins Dunkel“

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann zu offiziellem Besuch in Moskau
Erfolg für Österreich: UNO fordert Schutz von Zivilisten
Fall der Berliner Mauer: Kanzler Faymann bei Feiern in Berlin
Österreich verlängert Auslandseinsätze des Bundesheeres

WIRTSCHAFT

Wirtschaft wächst – Faymann: Maßnahmen zeigen Wirkung
Bankenhilfspaket: Finanzminister Pröll will Verlängerung bis 2010
Quelle-Aus: Hilfe für Betroffene

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Österreichische zeitgenössische Kunst in Peking und Tokyo
Lange Nacht der Forschung
Republikdenkmal: Kanzler gedenkt der Ausrufung der Ersten Republik
Goldenes Ehrenzeichen für Pleskow
Hoch dotierte EU-Förderung für Wittgenstein-Preisträger
Sensationelle Messe BUCH WIEN
Linz 09: NO MUSIC DAY
Kunsthalle Wien: „1989“
10 Jahre Essl Museum

SPORTPOLITIK

Sportförderung: Rechnungshof gibt Sportminister Darabos Rückenwind
Hymne des TEAM ROT-WEISS-ROT
Hochkarätiges Football-Seminar mit Spitzenreferee aus den USA

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz,
Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958,
Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

Sozialminister Hundstorfer: Jobs für über 115.000 Jugendliche

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit von Jugendlichen sei deutlich kürzer als jene von Erwachsenen, unterstrich Sozial- und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer in einer Presseaussendung vom 8. November. So könne ein Jugendlicher zwischen 15 und 19 Jahren damit rechnen, innerhalb von 55 Tagen an einen Arbeitsplatz oder in eine Ausbildung vermittelt zu werden. Die „Aktion Zukunft Jugend“ gewährleiste, das 20- bis 24-Jährige innerhalb von sechs Monaten einen neuen Job oder eine Weiterbildung bekämen, so Hundstorfer. Im heurigen Oktober sei dies durchschnittlich innerhalb von 67 Tagen gelungen, während die gesamte Gruppe der Arbeitslosen im Schnitt 99 Tage für die Jobsuche benötigte. Auch die Ausbildungsgarantie wirke bereits: Lehrstellensuchende finden laut Sozialminister in einem Zeitraum von 35 Tagen eine Lehrstelle.

Heuer seien bereits 115.668 Jugendliche mit Hilfe des Arbeitsmarktservice (AMS) vermittelt worden. 60.834 junge Menschen hätten ein Kursangebot genutzt und zum Teil sehr hochwertige Ausbildungen absolviert. „Wir haben auf die krisenhafte Entwicklung des heurigen Jahres sehr rasch reagiert und mit unseren Initiativen die negative Entwicklung am Jugendarbeitsmarkt deutlich mildern können“, betonte Hundstorfer. ■

Bundesregierung hält am Postmarktgesetz fest

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP halten am neuen Postmarktgesetz fest. Auch der Verkehrsausschuss des Nationalrats hat am 10. November mehrheitlich für einen entsprechenden Gesetzesentwurf von Infrastrukturministerin Doris Bures gestimmt und somit den Weg für eine weitere Liberalisierung des Postmarkts freigegeben. Erstmals ist damit auch die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen gesetzlich geregelt. Das Gesetz soll mit Jahresbeginn 2010 in Kraft treten und den Postmarkt auf die endgültige Liberalisierung 2011 vorbereiten. Dann verliert die teilstaatliche börsennotierte Post AG ihr Monopol auf Briefe unter 50 Gramm und privaten Anbietern ist neben der Paket- auch die Briefzustellung erlaubt.

Unter anderem schreibt das neue Postmarktgesetz eine Mindestanzahl von 1.650 Postämtern bzw. anderen Post-Geschäftsstellen (Post-Partner)sowie

eine Postzustellung auch in entlegene Gebiete vor. Zudem müssen Briefe grundsätzlich innerhalb von ein bis zwei Werktagen befördert werden. Will die Post ein Postamt schließen, muss sie vorab die Gemeinde informieren und für Ersatz sorgen. Nicht kostendeckende Universaldienstleistungen werden der Post aus einem Ausgleichsfonds abgegolten. Weiters legt das Gesetz fest, dass die Mitarbeiter der Konkurrenz nach einem Kollektivvertrag angestellt werden müssen. Damit soll Lohndumping verhindert werden. ■

Kinderrechte in die Verfassung

SPÖ und ÖVP haben sich darauf geeinigt, die Kinderrechte in der Verfassung zu verankern. Kinder haben künftig Rechtsanspruch auf Berücksichtigung ihrer Interessen und Meinungen in das Kindeswohl betreffenden Angelegenheiten. ■

Erstmals bundesweiter Bildungsplan für Kindergärten

Der erste bundesweite Bildungs-Rahmenplan für Kindergärten in Österreich ist fertig gestellt und soll an alle Kindergärten versendet werden. Laut Bildungsministerin Claudia Schmied sollen KindergartenpädagogInnen damit eine „Praxisanleitung“ erhalten, wie Kinder bis zum 6. Lebensjahr optimal gefördert werden. Entwickelt wurde der Plan in Zusammenarbeit mit dem „Charlotte-Bühler-Institut für praxisorientierte Kleinkindforschung“. Schmied bezeichnete den Bildungsplan als weitere wichtige Maßnahme für die vorschulische Bildung, womit nach dem bereits verpflichtenden Kindergartenjahr für alle Kindergartenkinder ein „neuer Meilenstein“ gesetzt werde. ■

„Licht ins Dunkel“

Bereits zum 37. Mal ist am 4. November die österreichweite ORF-Spendenaktion „Licht ins Dunkel“ zugunsten behinderter und notleidender Menschen gestartet. Aus diesem Anlass lud Bundespräsident Heinz Fischer in die Wiener Hofburg. Man müsse sich gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für die Anliegen dieser Aktion einsetzen, betonte Fischer, unter dessen Schirmherrschaft das Projekt steht. Die heurige Kampagne steht unter dem Motto „Jeder Euro zählt“. Die Spendentelefonnummer lautet: 0800 24 12 09. Im Internet kann man die Aktion unter <http://lichtinsdunkel.orf.at> unterstützen. ■

Bundeskanzler Faymann zu offiziellem Besuch in Moskau

Bundeskanzler Werner Faymann absolvierte vom 10. bis 11. November seinen ersten offiziellen Besuch in Russland. Begleitet wurde er neben anderen von Staatssekretär Josef Ostermayer. Auf dem Programm standen Gespräche mit dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedew und mit Ministerpräsident Wladimir Putin. Erörtert wurden insbesondere Fragen der Energiesicherheit. Hintergrund: der Konflikt zwischen Moskau und Kiew über den Gastransit durch die Ukraine. Themen waren auch Österreichs Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat und der Westbalkan.

Faymann versuchte die russischen Bedenken bezüglich der unter Federführung der österreichischen OMV geplanten Nabucco-Gaspipeline zu zerstreuen. Diese soll Europa unter Umgehung Russlands mit Erdgas aus dem kaspischen Raum versorgen. Moskau befürchtet dadurch Konkurrenz zu den eigenen Pipeline-Projekten Northstream (via Ostsee nach Deutschland) und Southstream, was Faymann in Abrede stellte. Er unterstrich jedoch die Wichtigkeit russischer Gaslieferungen für Europa und Österreich. Diese dürften auch im Fall von Konflikten zwischen Russland und der Ukraine – wie zu Jahresbeginn 2009 – nicht unterbrochen werden. Europa erhält einen Großteil des russischen Gases über die Ukraine. Putin drohte neuerlich mit einem Stopp der Gaslieferungen, wenn die Ukraine ihre Rechnungen an Russland nicht bezahlen sollte.

Für das gemeinsam mit Italien geplante Pipeline-Projekt Southstream will Russland auch Österreich gewinnen. Die Bundesregierung ist laut Faymann bereit, in Vorverhandlungen einzutreten. Putin ließ jedenfalls erkennen, dass er sich in Energiefragen eine direkte Kommunikation zwischen Moskau und Wien wünsche.

Die bilateralen Beziehungen bezeichneten beide Seiten hingegen als völlig problemlos. Die Finanz- und Wirtschaftskrise habe sich naturgemäß auch auf die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen ausgewirkt, doch sei die Dynamik dieser Beziehungen trotzdem „gar nicht so schlecht“, betonte Putin. Österreich sei ein bedeutender Investor in Russland. In diesem Sinne hatte sich auch Medwedew geäußert und etwa das Interesse seines Landes an der Beteiligung österreichischer Firmen bei der Vorbereitung der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi bekundet. Stark engagiert ist hier bereits der österreichische Baukonzern Strabag (Auftragsvolumen: 1 Mrd. Euro).

Putin trat auch für Verhandlungen über die Landrechte der AUA in Russland ein, da sich die Bedingungen nach dem Eigentümerwechsel zur Lufthansa geändert hätten. Bis 1. Februar solle der bestehende Vertrag verlängert werden, danach sei jedoch eine Einigung nötig. ■

Erfolg für Österreich: UNO fordert Schutz von Zivilisten

Unter Vorsitz von Außenminister Michael Spindelegger hat der Weltsicherheitsrat am 11. November eine Resolution mit verschärften Auflagen zum Schutz von Zivilisten in Konfliktregionen einstimmig beschlossen. Damit hat der UNO-Sicherheitsrat das größte Anliegen Österreichs in seiner Funktion als amtierendes Vorsitzland positiv beschieden. Erstmals werde explizit verankert, „dass sich niemand seiner Verpflichtung entziehen kann, in bewaffneten Konflikten die Zivilbevölkerung vor Massenverbrechen zu schützen“, so Spindelegger. Dies gelte vor allem für den Schutz von Frauen und Kindern. ■

Fall der Berliner Mauer: Kanzler Faymann bei Feiern in Berlin

Bei den Feiern zum Fall der Berliner Mauer vor 20 Jahren unterstrich Bundeskanzler Werner Faymann die europäische Tragweite dieses historischen Ereignisses. „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, erinnerte Faymann in einer Aussendung an die Worte des früheren deutschen Kanzlers Willy Brandt. Aber nicht nur Deutschland wurde vereint, sondern auch Europa“, und so zeige sich dieses heute erfolgreich im Zusammenhalt gegen die Wirtschaftskrise, so Faymann. An den Feierlichkeiten beim Brandenburger Tor in Berlin nahmen mehr als 30 aktive und ehemalige Staats- und Regierungschefs aus aller Welt teil. ■

Österreich verlängert Auslandseinsätze des Bundesheeres

Der Ministerrat hat am 3. November die Fortsetzung mehrerer Auslandseinsätze des Bundesheeres zumindest bis Ende 2010 beschlossen. Verlängert wurden die UNO-Einsätze zur Friedenssicherung am Golan, in Zypern und in Nepal sowie die EU-Beobachter-Mission in Georgien.

Den EU-Militäreinsatz in Bosnien-Herzegowina (2.000 Mann) wird ab 4. Dezember der österreichische Generalmajor Bernhard Bair leiten. ■

Wirtschaft wächst – Faymann: Maßnahmen zeigen Wirkung

Österreich und auch die gesamte Euro-Zone haben im dritten Quartal die tiefe Rezession überwunden und sind wieder auf einen Wachstumskurs eingeschwenkt. Erstmals seit Frühjahr 2008 war die Wirtschaftsleistung wieder höher als im Vorquartal. In Österreich stieg das BIP (Bruttoinlandsprodukt) um 0,9 % (Euro-Zone: 0,4 %, Eurostat). Im Jahresabstand lag das BIP allerdings um 2,4 % tiefer; im zweiten Quartal 2009 hatte das Minus jedoch noch 5,3 % betragen. Trotzdem könne von einem selbsttragenden Aufschwung noch keineswegs gesprochen werden, warnte das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) am 13. November bei der Präsentation seiner BIP-Schnellschätzung.

Bundeskanzler Werner Faymann erklärte dazu in einer Aussendung, die Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete der Regierung hätten „deutlich Wirkung gezeigt“. Die Bundesregierung habe unter seiner Führung „umsichtig und effektiv auf die schwerste Krise seit Jahrzehnten reagiert“, so Faymann. Die Wirtschaftsforscher würden nun bestätigen, dass die Maßnahmen richtig gewesen seien. Gleichzeitig relativierte aber Faymann auch: „Erst wenn die Zahl der Arbeitslosen wieder deutlich gesunken ist, ist die Krise vorbei.“ Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich liege im europäischen Vergleich zwar sehr niedrig, doch entbinde dies die Politik nicht von zusätzlichen Anstrengungen, die Realwirtschaft weiterhin zu stärken, betonte der Bundeskanzler.

Der private Konsum sei laut Ökonomen eindeutig als Stabilisierungsfaktor zu bewerten. Daher blieben die Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft und des Wohlstands der Menschen oberste Priorität. Eine europäische Koordination sei dabei essentiell, wie auch der vom Wifo bestätigte positive Effekt aller Konjunkturbelebungsprogramme auf den heimischen Export zeige. Das habe Arbeitsplätze gesichert.

Faymann zufolge wäre eine zweite Krise dieses Ausmaßes nicht mehr leistbar. Deshalb seien weitere nationale und europäische Initiativen nötig – etwa in Richtung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer. Gleichmaßen bedürfe es einer effektiven Regelung der Finanzmärkte sowie der Manager-Boni, um Spekulationen und unseriöses Gewinnstreben zu unterbinden. Auf nationaler Ebene müsste der Fokus zur Stützung des Arbeitsmarktes vor allem auf Qualifizierung gerichtet werden. Zudem müsse in die Zukunfts-

bereiche Bildung, Forschung, Umweltschutz und Infrastruktur investiert werden, forderte Faymann. Auch Vizekanzler Josef Pröll zeigte sich über die neuen Konjunkturdaten erfreut und meinte, es sei gut gewesen, dass mit ruhiger Hand durch die Krisenmonate gesteuert worden sei. Kernaufgabe sei nun, die Voraussetzungen für ein selbsttragendes und marktgetriebenes Wachstum zu schaffen. Hauptimpulse für das überaus kräftige BIP-Wachstum gingen laut Wifo von Export und Bauinvestitionen aus – infolge der durch umfangreiche staatliche Konjunkturprogramme ausgelösten internationalen Belebung der Wirtschaft. Das stabile, aber geringe Wachstum des Privatkonsums (seit dem ersten Quartal 2009 durchwegs +0,1 %) hielt an, begünstigt durch Steuerreform und geringe Inflation. ■

Bankenhilfspaket: Finanzminister Pröll will Verlängerung bis 2010

Finanzminister Pröll hat sich schon vor Bekanntgabe der jüngsten BIP-Daten des Wifo für eine Verlängerung des Bankenhilfspakets um sechs Monate bis ins Jahr 2010 ausgesprochen. Vor der Sitzung der Euro-Finanzminister in Brüssel am 9. November sagte Pröll, er sei dagegen, das Hilfspaket „abrupt“ zu beenden. Eine Fortsetzung sollte „im Sinne der Stabilität“ erfolgen. Besonders im kommenden Jahr müsse es einen „Flankenschutz“ für die Wirtschaft geben. Punkto Ausstieg aus den Konjunkturpaketen plädierte der Finanzminister „für 2013 ein Signal zu setzen“.

Auch Bundeskanzler Werner Faymann steht einer Verlängerung des Bankenhilfspakets aufgeschlossen gegenüber. Er betonte allerdings, dass „Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit mindestens den gleichen Stellenwert haben wie die Sicherung des Bankensektors“. ■

Quelle-Aus: Hilfe für Betroffene

Die Bundesregierung hat den rund 1.100 Betroffenen des bevorstehenden Quelle-Konkurses „volle Unterstützung“ zugesagt. Arbeitsmarktservice (AMS) und Arbeiterkammer haben fixe Beratungsbüros beim Unternehmen eingerichtet. Etwa 300 bis 500 der Beschäftigten werden voraussichtlich in die Insolvenzstiftung gehen, die zu 60 % vom AMS und zu 40 % vom Land getragen wird. Zusätzlich zum Arbeitslosengeld gibt es die Möglichkeit von Ausbildungsstipendien bis zu 200 Euro monatlich. ■

Österreichische zeitgenössische Kunst in Peking und Tokyo

Bis 26. November werden in der Anniart Gallery im Dashanzi Kulturdistrikt in Peking bzw. ab 22. November im Tokyo Metropolitan Art Museum Ausstellungen zeitgenössischer österreichischer Kunst repräsentiert. Die meisten der 15 Künstler waren Stipendiaten von einem der drei österreichischen Artists-in-Residence-Programme in Peking, Nanjing und Chengdu. Organisiert wurde die chinesische Schau vom Austro Sino Arts Program (ASAP), finanziert wurde sie auch aus Bundesmitteln. Der bisher größten Schau zeitgenössischer österreichischer Kunst in China ist eine intensive Auseinandersetzung mit dem Gastgeberland China gemein. Viele der insgesamt 97 Werke basieren auf Alltagserfahrungen. So etwa zeigt das Grazer Duo G.R.A.M. (Martin Behr/Günther Holler-Schuster) fotodokumentarisch Figuren der Sichuan-Oper; Nikolaus Gansterer und Matthias Meinharter widmen sich der kreativen Seite des in Dafen (Shenzen) weit verbreiteten Kopierens von westlicher Kunst; Rainer Prochaska fuhr mit einer Fahrradrikscha durch Peking – die Reaktion auf die Umwelt erweiterte er zu einer Collage.

Die Tokyo-Ausstellung anlässlich der 50. Jahresausstellung der Japan Print-Society bringt einen Österreich-Schwerpunkt an Druckgrafik. Mit dabei sind auch Werke von Roland Böck, Wolfgang Buchta, Armin Guerino, Michael Hedwig, Udo Klappf, Andreas Leikauf, Manabe Anton, Sabine Luger, Thomas Nemeč, Michael Schneider, Martin Schnur, Eric Neunteufel, Konrad Planegger, David Smyth, André E. Steinhausen. ■

Lange Nacht der Forschung

Mit 366.000 Besuchen hat die dritte „Lange Nacht der Forschung“ am 7. November einen neuen Teilnehmerrekord verzeichnet. In Dornbirn, Graz, Innsbruck, Krems, Tulln, Linz, Salzburg und Wien hatten Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen ihre Türen für das breite Publikum geöffnet, mehr als 2.000 Forscher boten bei rund 570 Stationen einen Blick hinter die Kulissen von Wissenschaft, Forschung und Innovation.

In Wien wurden 146.880 Besuche bei 159 Stationen gezählt. So haben sich etwa an den Standorten des Austrian Institute of Technology (AIT) im Tech Gate Vienna tausende Interessierte über die

neuesten heimischen Forschungsschwerpunkte informiert. Infrastrukturministerin Doris Bures unterstrich dabei die Bedeutung der Veranstaltung für Bewusstseinsbildung- und Informationsarbeit im Bereich Forschung und Technologie. In Graz reichte das Spektrum der 66 Stationen vom Leben im Mittelalter bis zur Zukunft des Automobils. Insgesamt wurden hier 78.840 Besuche gezählt.

Bereits zum sechsten Mal in Folge und zum dritten Mal unter dem Dach der „Langen Nacht der Forschung“ präsentierten sich Innsbrucker Forschungseinrichtungen. Forschungsmüde scheint das Publikum aber noch nicht zu sein: Stationen wie die radiologische Untersuchung des Mannes vom Hauslabjoch, des „Ötzi“, einer 5300 Jahre alten Gletschermumie aus der späten Jungsteinzeit, oder simulierte Mars Expeditionen wurden 36.720 mal besucht.

In Linz verzeichneten 94 Aussteller über 42.000 Besuche, in Salzburg gab es 48 Stationen, die 21.600 Mal besucht wurden – wobei in beiden Städten die jeweiligen Hauptuniversitäten nicht mitmachten. Die 80 Stationen in Krems und Tulln zählten 34.560 Besuche, die 12 Stationen der FH Vorarlberg in Dornbirn 4.860 Besuche.

Die „Lange Nacht der Forschung“, die vom Infrastruktur-, Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium sowie vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFT) veranstaltet wird, soll auch 2010 wieder stattfinden. ■

Republikdenkmal: Kanzler gedenkt der Ausrufung der Ersten Republik

„Mit der Gründung der Republik wurde der Grundstein für unsere freie, demokratische Gesellschaft gelegt. Die Freiheit, die unserem Land zugrunde liegt, wurde von den Gründungsvätern unserer Republik hart erkämpft und darf zu keinem Zeitpunkt als etwas Selbstverständliches betrachtet werden“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann am 12. November bei der Kranzniederlegung am Republikdenkmal (Dr. Karl Renner-Ring) anlässlich der Ausrufung der Ersten Republik am 12. November 1918. Das Denkmal besteht aus Büsten der drei legendären sozialdemokratischen Politiker Jakob Reumann, Viktor Adler und Ferdinand Hanusch, die jeweils auf einem Sockel ruhen. Die Einweihung fand am 12. November 1928, dem zehnten Jahrestag der Ausrufung der Ersten Republik statt. Aufgrund seines eindeutigen Bezuges zur Republik und zur Sozialdemokratie wurde das Denkmal von konserva-

tiven und faschistischen Kreisen angefeindet. Im Zuge der Ausschaltung der Demokratie und der Etablierung des austrofaschistischen Regimes wurde es zunächst mit Kruckenkreuzfahnen und einem Porträt von Engelbert Dollfuß überhängt und schließlich 1934 abgetragen und in der Stadionhalle gelagert. Zum 30. Jahrestag der Republikgründung 1948 wurde es wieder aufgebaut. 1961 wurde bei einem Sprengstoffanschlag die Rückseite des Denkmals leicht beschädigt – die Hintergründe des Anschlags sind bis heute ungeklärt. Neben Kanzler Faymann nahmen auch andere hochrangige VertreterInnen der Sozialdemokratie an der Kranzniederlegung teil – Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Verteidigungsminister Norbert Darabos und Staatssekretär Josef Ostermayer. Die Wiener Landespartei war u. a. durch Wiens Bürgermeister Michael Häupl vertreten. Auch ÖGB-Präsident Erich Foglar und AK-Präsident Herbert Tumpel gedachten des 12. November 1918. ■

Goldenes Ehrenzeichen für Pleskow

Viennale-Präsident Eric Pleskow (85) erhielt am 6. November von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, das ihm von Bundespräsident Heinz Fischer verliehen wurde. Zu den zahlreichen bisherigen Auszeichnungen des gebürtigen Wieners, der 1939 in die USA flüchten musste, zählt die 2007 verliehene Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien.

In den USA kam Pleskow erstmals mit dem Dokumentarfilm in Berührung. Als US-Staatsbürger kehrte er nach Ende des Zweiten Weltkriegs nach Europa zurück und reorganisierte in München die bayerische Nachkriegs-Filmindustrie. Eines seiner Verdienste war dabei die Wiedereröffnung der Bavaria-Studios. Seit 1951 arbeitete er für die US-Filmfirma United Artists, wo er schließlich Präsident wurde – als zweiter Europäer nach Charles Chaplin. Unter seiner Ägide entstanden zehn „Oscar“-gekrönte Filme, u. a. Billy Wilders „Das Appartement“ (1960), Milos Formans „Einer flog über das Kuckucksnest“ (1975) und Woody Allens „Der Stadtneurotiker“ (1977).

1978 gründete er mit Partnern die Firma Orion Pictures. Während seiner Präsidentschaft wurden u. a. die „Oscar“-prämierten Filme „Amadeus“ von Milos Forman (1984), „Platoon“ von Oliver

Stone, „Der mit dem Wolf tanzt“ von Kevin Costner (1990) und „Das Schweigen der Lämmer“ von Jonathan Demme (1991) produziert.

Heute lebt Pleskow im US-Bundesstaat Connecticut und in Santa Monica. Seit 1998 ist er Viennale-Präsident. Seinem Leben ist u. a. die Doku „I’m About Winning“ von Andrea Eckert und die Biographie „Eric Pleskow – Ein Leben für den Film“ von Andrea Ernst gewidmet. ■

Hoch dotierte EU-Förderung für Wittgenstein-Preisträger

Georg Gottlob, Informatiker an der Universität Oxford und an der Technischen Universität (TU) Wien, und Walter Schachermayer, Mathematiker an der Universität Wien, erhielten 1998 gemeinsam die wichtigste Wissenschaftsauszeichnung Österreichs, den Wittgenstein-Preis. Nun bekommen die beiden den begehrten, mit jeweils bis zu 2,5 Mio. Euro dotierten „Advanced Grant“ des Europäischen Forschungsrates (European Research Council; ERC). Schachermayer (59) beschäftigt sich mit einem sehr anwendungsorientierten Bereich der Mathematik, der Finanzmathematik. Er ist bereits der dritte Träger eines ERC-Advanced Grant an der Universität Wien. Gottlob (53) möchte die ERC-Förderung dazu nutzen, die bestehenden Kooperationen zwischen der TU Wien und der Uni Oxford auszubauen. Er beschäftigt sich vor allem mit Datenbank-Theorie, besonders mit den query languages (Abfragesprachen), mit Informationsverarbeitung im Web sowie mit Komplexitätstheorie. ■

Sensationelle Messe BUCH WIEN

Bereits zum zweiten Mal fand die BUCH WIEN auf dem Messegelände statt, heuer von 9. bis 15. November. Auf 7200 Quadratmetern präsentierten sich in der Halle D aus 11 Ländern über 400 Verlage, die wiederum mehr als 400.000 Bücher in ihren Programmen führten. Auf zahlreichen Bühnen gab es Diskussionen und Lesungen, auch Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche. Wie Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny sagte, biete „die Stadt ein Klima der Offenheit und Neugier für Künstler und Autoren, und dafür wollen wir die kulturelle Infrastruktur bereitstellen“. Bundesministerin Claudia Schmied gab im Rahmen der Eröffnung auch die diesjährigen StaatspreisträgerInnen bekannt, die 2009 von der Republik Österreich für ihr literarisches Werk

ausgezeichnet werden: Margit Schreiner erhält den Würdigungspreis für Literatur, Per Olov Enquist den Staatspreis für Europäische Literatur und Klaus Amann den Österreichischen Staatspreis für Literaturkritik. Die seit zehn Jahren in Berlin lebende österreichische Schriftstellerin Eva Menasse („Lässliche Todsünden“) hielt die Eröffnungsfestrede, in der sie von ihrer an Hassliebe grenzenden Auseinandersetzung mit ihrem Heimatland sprach – im übrigen schon ein Topos, der schon von anderen Autoren bekannt ist, etwa von Thomas Bernhard.

Wie schon seit Jahren will die Stadt Wien mit der Aktion „Eine STADT. Ein BUCH“ Menschen zum Lesen animieren: Heuer werden 100.000 Gratisbücher in ganz Wien von Irvin D. Yaloms „Und Nietzsche weinte“ verteilt. Dieser wundervolle Roman des 1931 in den USA als Sohn russischer Einwanderer geborenen Psychoanalytikers und Schriftstellers hat die fiktive Begegnung zwischen dem Philosophen Friedrich Nietzsche und dem Mitbegründer der Psychoanalyse Josef Breuer in Wien des 1882 zum Inhalt. Im Hintergrund zieht Femme fatale Lou Salomé die Fäden. Als besonderes Service von „Eine STADT. Ein BUCH“ werden in Kooperation mit der Online-Gebärdensprachbibliothek Sign Library umfassende Hintergrundvideos zum Roman sowie verschiedene Schlüsselkapitel in Gebärdensprache zu „lesen“ sein. www.einestadteinbuch.at; www.lesefestwoche.at ■

Linz 09: NO MUSIC DAY

Der 22. November ist Namenstag der Hl. Cäcilia, der Schutzheiligen der Musik. Die Existenz der Musik wird an diesem Tag in vielen Ländern gefeiert. Nach diesem Muster wird seit 2005 am 21. November der NO MUSIC DAY begangen. Er will erinnern, dass Musik eine Kostbarkeit ist, der man sich mit Aufmerksamkeit widmen und die kein geistlos konsumiertes Produkt sein soll.

Als Kulturhauptstadt Europas thematisiert Linz 09 auch erstmals die weltweit grassierende Zwangsbeschallung politisch. Am NO MUSIC DAY werden auch kommerzielle Linzer Radiostationen keine Musik bringen, sogar in den Kirchen wird zu den Gottesdiensten keine Musik erklingen, dass Central Kino zeigt Filme ohne Filmmusik. Diese Aktivitäten werden von namhaften Persönlichkeiten unterstützt, z.B. von dem Alpinisten Reinhold Messner, den Dirigenten Franz Welser-Möst und Dennis Russell Davies, von den Wissenschaftlern Anton Zeilinger und Elmar Altvater

und von etlichen Musikern wie dem Cellisten Heinrich Schiff. www.linz09.at/hoerstadt; www.nomusicday.com ■

Kunsthalle Wien: „1989“

Die Kunsthalle Wien bringt mit „1989. Ende der Geschichte oder Beginn der Zukunft?“ bis 7. Februar 2010 eine Ausstellung über jenen Epochenbruch, der die Öffnung des Eisernen Vorhangs und damit das Ende des Kalten Krieges einleitete. Utopien wurden damals begraben und neue Zukunftsszenarien taten sich auf. Auf einen kommunistischen Alltag der Unterdrückung und des Mangels folgte eine Zeit, in der alte Nationalismen und religiöse Fundamentalismen wieder erstarkten und die gegenwärtige Finanzkrise Zweifel an der Funktionstüchtigkeit sozial weniger verantwortlicher Verhältnisse nährt. Die Ausstellung spürt den Metaphern nach, die mit dem Zerfall der bipolaren Teilung der Welt in Ost und West sowie mit dem politischen Umbruch verbunden und die bis heute aktuell sind. Das Konzept stammt von dem Wiener Zeithistoriker Oliver Rathkolb. Ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Diskussionen und Vorträgen begleitet die Schau. www.kunsthallewien.at ■

10 Jahre Essl Museum

Kürzlich feierten in Klosterneuburg (Niederösterreich) Landeshauptmann Erwin Pröll, Vertreter der Kunst- und Kulturszene, der Diplomatie und hohen Geistlichkeit das von Karlheinz und Agnes Essl vor zehn Jahren initiierte und von Heinz Tesar entworfene Essl Museum. Bis heute gab es rund 90 Ausstellungen, 4.000 Führungen, 2.500 Workshops, 130 Konzerte. Mehr als eine Million Menschen zog das Museum in seinen Bann. Die Sammlung Essl bestückte 20 Ausstellungen weltweit mit Exponaten. Allein 2008 waren 700 sammlungseigene Werke international zu sehen. Das Museum selbst beherbergt 7.000 Kunstwerke. Die Essls betonen: „Kunst macht tolerant und ist ein unverzichtbarer Bestandteil menschlicher Existenz“.

Beim „Geburtstagswochenende“ am 21. und 22. November werden bei freiem Eintritt u.a. Führungen, Workshops und die Präsentation einer Sonderbriefmarke (Motiv von Georg Baselitz) geboten. Am 24. November startet eine Aktion, die unter dem Motto „Gratis, aber nicht umsonst“ bis 2. Februar 2010 freien Eintritt ins Museum gewährt. www.esslmuseum.com ■

Sportförderung: Rechnungshof gibt Sportminister Darabos Rückenwind

Anfang November veröffentlichte der Rechnungshof einen Bericht zur Sportförderung im Bund und in den Ländern Tirol und Oberösterreich (Berichtszeitraum 2005 bis 2007).

Der seit Februar 2009 amtierende Sportminister Norbert Darabos begrüßt den Bericht als Anstoß für eine Diskussion über die Sportförderung in Österreich. „Der Bericht gibt mir Rückenwind für eine umfassende Förderreform. Die Kritik am derzeitigen System ist durchaus berechtigt. Das Modell der Sportförderung stammt wesentlich noch aus der Nachkriegszeit und ist mittlerweile längst reformbedürftig. Ich will daher bis 2011 ein neues Sportförderungsgesetz vorbereiten“, so Norbert Darabos, der bereits vor dem Sommer eine Reformgruppe eingesetzt hat, die die Grundlagen für ein neues Bundes-Sportförderungsgesetz erarbeiten soll. In die Arbeitsgruppe eingebunden sind neben der Bundes-Sportorganisation die Fach- und Dachverbände.

„Drei Punkte sind mir wichtig: Die Förderung muss künftig gezielter eingesetzt werden, es darf keine Gießkanne mehr geben. Die Förderung muss direkter an die Sportler gehen, es versickert zu viel Geld in der Verwaltung. Und sie muss transparenter gemacht werden und einem professionellen Controlling unterliegen“, erklärt der Sportminister. Der Rechnungshof kritisierte in seinem Bericht die wenig transparente Förderlandschaft, fehlende Abstimmung der Fördergeber und Überschneidungen in den Tätigkeitsbereichen der Förderungsempfänger.

Erste Schritte für ein zeitgemäßes Fördermanagement wurden seit dem Frühjahr bereits gesetzt. So wurde die Spitzensportförderung unter dem Titel „TEAM-ROT-WEISS-ROT“ auf neue Beine gestellt und zur besseren langfristigen Koordination im Sportstättenbau die Entwicklung eines Spitzen-Sportstättenplans in Auftrag gegeben. Im Rahmen des neu geschaffenen § 11a des Bundes-Sportförderungsgesetzes wird derzeit auch ein neues Förder- und Abrechnungsmanagement mit bedarfsorientierter und maßnahmenbezogener Vergabe und einer transparenten Abrechnung mit Vor-Ort-Kontrollen umgesetzt. ■

Hymne des TEAM ROT-WEISS-ROT

Es ist soweit. Nach intensiven Vorarbeiten wird das TEAM ROT-WEISS-ROT nun auch der Öffent-

lichkeit präsentiert. 29 der renommiertesten Sommer- und Wintersportler Österreichs, darunter Gregor Schlierenzauer, Wolfgang Loitzl, Mirna Jukic, Manfred Pranger, Michael Walchhofer, Jasmin Ouschan, Lizz Görgl, haben gemeinsam für eine gute Sache den Song „Wir sind Sieger“ aufgenommen. Ganz nach dem Motto „Wenn du willst, kannst du alles erreichen“ ist die neue Sporthymne das Trägermedium der Kommunikationsoffensive für den Österreichischen Spitzensport. Die Spots laufen ab sofort in den Österreichischen Kinos und im TV. Im Internet wurde das zugehörige Video in den ersten zwei Wochen bereits 25000mal heruntergeladen.

„Als Sportminister ist es mir wichtig, nicht zuletzt wegen der vielen negativen Schlagzeilen, die es rund um das Thema Doping und auch um das ÖOC zuletzt gegeben hat, wieder unsere Sportlerinnen und Sportler und ihre großartigen Leistungen für unser Land in den Vordergrund zu rücken“, sagt Sportminister und TEAM ROT-WEISS-ROT-Initiator Norbert Darabos.

Die Plattform TEAM ROT-WEISS-ROT steht für ein neues Gemeinschaftsgefühl sowie einen neuen Zusammenhalt im Österreichischen Spitzensport und ist zudem das neue Spitzensportförderprogramm des Bundes. Das TEAM ROT-WEISS-ROT wird von den besten Sportlerinnen und Sportler der Republik gebildet. Die TEAM ROT-WEISS-ROT-Athleten erhalten Spitzensportförderung in der Höhe von insgesamt rund 3,5 Millionen Euro pro Jahr zur optimalen Vorbereitung auf internationale Großereignisse.

Mit dem Kauf der Single „Wir sind Sieger“ wird der österreichische Nachwuchssport unterstützt. Das Musikvideo zum Song ist ab sofort auf www.teamrotweissrot.at zu bewundern. ■

Hochkarätiges Football-Seminar mit Spitzenreferee aus den USA

Auch abseits von Fußball, Handball und Eishockey ist das Interesse an Teamsportarten in Österreich zur Zeit sehr groß. Auch die Bereitschaft zur Weiterbildung für Funktionäre und andere Sportinteressierte ist ungebrochen, wie ein Beispiel aus dem American Football beweist: Mit dem amerikanischen Referee William LeMonnier findet am Wochenende vom 28. auf den 29. November im Seminarhotel Steinberger eine Referee Clinic statt. Mittlerweile können nur noch Anmeldungen für die Warteliste entgegen genommen werden. Die Veranstaltung war innerhalb weniger Tage restlos ausgebucht. ■